

stellen, der Stadtpräsident nimmt sich jedoch das Recht, sein Wahlfahrzeug bis kurz vor Inkrafttreten der Bestimmung dort zu parkieren. Den Medien war zu entnehmen, dass dieses Fahrzeug bereits wieder verkauft ist. Man sieht, dass einige mehr gleich als andere sind. Das ist eine unfaire Sache, auf deren rechtlichen Ausgang ich gespannt bin. Eine Lösung, die mehrere hundert Jahre lang Bestand hatte, soll aufgegeben werden. Ich habe die Hoffnung, die Gerichte werden würdigen, dass Leute der Stadtregierung, die das propagiert haben, bis im letzten Moment daran festhalten. Ich wäre froh, wenn dies genau protokolliert wird, da es rechtlich allenfalls von gewisser Relevanz sein könnte.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

2020.SR.000362

11 Kleine Anfrage Fraktion GLP/JGLP (Gabriela Blatter, GLP): Wie hat die Personalvorsorgekasse der Stadt Bern (PVK) bei den neusten Klimaverträglichkeitstests des Bundes abgeschnitten?

Gabriela Blatter (GLP): Die Antwort des Gemeinderats irritiert uns. Es ist nicht nachvollziehbar, wieso sich die PVK nicht an den kostenlosen Klimaverträglichkeitstests des Bundes beteiligte. Dies ist ein grosser Widerspruch zum interfraktionellen Postulat von Marcel Wüthrich, welches 2018 eingereicht wurde und die Klimastrategie für die Anlagen der PVK betrifft. Es ist nicht nachvollziehbar, wieso die öffentliche Pensionskasse einer Stadt, für die das Klima ein wichtiges Thema ist, diese Forderung nicht umsetzt. Die Antwort auf die Frage 2 beantwortet die Frage nicht, was eigentlich folgerichtig ist. Wer sich nicht an den Tests beteiligt, kann auch keine Resultate kommunizieren. Stattdessen ist von einem Rating die Rede, was nichts mit der Sache zu tun hat. Das referenzierte Rating ist zwar okay, aber auch nicht überwältigend. Es macht keine direkte Aussage zur Klimaverträglichkeit. Die Antwort auf die Frage 3 ist enttäuschend. Die ESG-Strategie ist überhaupt nicht dasselbe wie die Klimaverträglichkeitstests. Zur Wirksamkeit der ESG-Integration läuft aktuell eine Studie des Bundesamtes für Umwelt (BAFU). Die ersten Resultate deuten darauf hin, dass die Wirksamkeit praktisch null ist. Dass dies als Klimaverträglichkeitsstrategie verkauft wird, insbesondere als Antwort auf die Punkte 1,3 und 4 des Postulats, ist absolut enttäuschend. Wir hoffen, dieses Thema genieße bei der PVK in Zukunft eine höhere Aufmerksamkeit. Die Auswirkungen der riesigen Finanzanlagen auf das Klima sollen ebenso hoch priorisiert werden wie die allgemeinen Klima-Auswirkungen dieser Stadt.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

2015.FPI.000007

12 Fortsetzung: Überbauungsordnung Mingerstrasse – Papiermühlestrasse (Abstimmungsbotschaft)

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderats betreffend Überbauungsordnung Mingerstrasse–Papiermühlestrasse (Abstimmungsbotschaft).

2. Er genehmigt die Vorlage und beantragt den Stimmberechtigten der Stadt Bern den Erlass der Überbauungsordnung Mingerstrasse–Papiermühlestrasse mit Plan Nr. 1463/1 vom 31. Januar 2020 (XX Ja, XX Nein, XX Enthaltungen).
3. Er genehmigt die Botschaft an die Stimmberechtigten (XX Ja, XX Nein, XX Enthaltungen). Bern, 16. September 2020

Antrag 1 Ergänzungsantrag PVS

Die naturnahe Aufwertung der Grossen Allmend ist sicherzustellen.

Antrag 2 Ergänzungsantrag PVS

Es sind Sanktionen zu definieren, die beim Nichteinhalten des Modalsplitts (max. 30% MIV) angewendet werden.

Antrag 3 Ergänzungsantrag PVS

Der Umstand, dass auf dem BEA Areal Parkplätze frei werden, darf nicht dazu führen, dass die auf der Allmend frei werdenden Parzellen ausschliesslich oder mehrheitlich einem Sportclub zu kommen; insbesondere für den organisierten Clubfussball dürfen keine Trainingsplätze auf der Allmend erstellt werden. Vielmehr ist die Allmend für die Allgemeinheit zu erhalten. Dazu gehören auch die Nutzung durch nicht clubmässig organisierte Amateure verschiedener Sportarten darunter auch Hundesport, Frisbee, Badminton, Modellflug-gruppen etc., aber auch ein Lunapark und food festivals.

Antrag 4 Änderungsantrag ÜO GB/JA!

Artikel 6 Aussenraum

3 Im Wirkungsbereich der Überbauungsordnung sind mindestens ~~15%~~ **30%** der Arealfläche als naturnaher Lebensraum gemäss Biodiversitätskonzept der Stadt Bern auszugestalten.

Antrag 5 Ergänzungsantrag ÜO GB/JA!

Artikel 6 Aussenraum

4 Die Beseitigung der Doppelbaumreihe im Bereich Messeplatz ist zulässig, sofern Artikel 6 Ziffer 3 eingehalten ist. **[Neu] In der neuen Landschaftsplanung sind die gefälltten Bäume auf dem Grundstück zu ersetzen.**

Präsidentin Barbara Nyffeler: Wir haben die Beratung dieses Geschäfts vor einer Woche begonnen. Janosch Weyermann hielt das Kommissionvotum der PVS und begründete die drei Anträge der Kommission. Wir fahren weiter mit der Antragsbegründung.

Katharina Gallizzi (GB): Ich begründe die Anträge Nr. 4 und 5 der Fraktion GB/JA!. Wie Sie auf dem Weg hierher sicher bemerkt habt, ist das Messegelände kein sehr lebendiger Ort. Meine spontane Assoziation dazu wäre: Asphaltwüste. Es ist kein Ort, an dem man sich gerne und freiwillig aufhält, weder als Mensch noch als Tier oder Pflanze. Nicht nur aus ökologischer Sicht ist eine Aufwertung darum zwingend, auch das Quartier wünscht sich mehr Grünraum. Und nun soll wegen der neuen Eventhalle auch noch die Allee weichen, die das einzige Grün in dieser tristen Landschaft darstellt. Mit der Bauherrschaft wurde ausgemacht, dass diese Doppelbaumreihe ersetzt werden muss. Aus unserer Sicht ist dies ein zentraler Bestandteil des Bauvorhabens, der deshalb in der Überbauungsordnung (ÜO) zu regeln ist, was mit Antrag 5 gefordert wird.

Wir sind der Meinung, dass das Areal grundsätzlich viel naturnaher gestaltet werden müsste. Es handelt sich hier um eine riesige Fläche, die für Lebewesen jeglicher Art fast unbewohnbar ist. Die ÜO legt fest, dass mindestens 15% des Perimeters naturnah gestaltet werden müs-

sen. Wir sind der Meinung, dass dies zu wenig ist. Die Festhalle will ein Vorzeigeprojekt sein, und dies soll auch für den Bereich Ökologie gelten. Deshalb fordern wir, dass man den minimalen Standard von 15% naturnahem Lebensraum auf 30% erhöht. Eine stärkere Durchgrünung der Anlage würde für ein angenehmeres Klima auf dem sonst sehr kahlen Gelände sorgen, womit es auch für die Nutzenden attraktiver wird. Dies würde zudem zur ökologisch wichtigen Vernetzung der Grünräume beitragen. Wir bitten deshalb, dem Antrag 4 zuzustimmen.

Fraktionserklärungen

Dolores Dana (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Wer den Investitionsbeitrag bzw. den A-fonds-perdu-Beitrag abgelehnt hat, müsste folgerichtig auch gegen die ÜO Mingerstrasse – Papiermühlestrasse sein. Wer dem Investitionskredit zugestimmt hat, müsste auch für das vorliegende Geschäft sein, denn das eine geht nicht ohne das andere. Die Fraktion FDP/JF hat dem Investitionskredit zugestimmt und wird auch das vorliegende Geschäft genehmigen.

Die Anträge der PVS erinnern an die Einsprachen der SP Nord. Der Verdacht ist nicht von der Hand zu weisen, dass man damit Forderungen durchsetzen will, die mittels Einsprachen nicht durchgesetzt werden konnten. Antrag 1 fordert die naturnahe Aufwertung der Grossen Allmend, welche nicht Teil dieser ÜO ist. Wenn wir einst über die Grosse Allmend diskutieren werden, kann der Antrag gestellt werden. Wir lehnen diesen Antrag ab. Antrag 2 fordert Sanktionen, sollte der Modalsplit nicht eingehalten werden. Sanktionen brauchen eine rechtliche Grundlage und wir wagen zu bezweifeln, dass eine ÜO als solche genügt. Auch diesen Antrag lehnen wir ab. Das Gute daran ist, dass die PVS offenbar an den Erfolg der ÜO und der neuen Halle glaubt. Antrag 3 fordert, dass auf der Grossen Allmend keine Sportplätze gebaut werden dürfen. Damit wird eine Verknüpfung zu einem anderen Geschäft gemacht, das gar nicht Gegenstand der heutigen Diskussion ist. Es besteht ein Zusammenhang betreffend Aufhebung der oberirdischen Parkplätze und deren Ersatz durch unterirdische Parkplätze. Damit hat es sich aber bereits. Wir bestimmen über den Perimeter Mingerstrasse, Tschäppätstrasse und Teile der Papiermühlestrasse. Der Rest ist nicht Gegenstand des vorliegenden Geschäfts. Mit dem Antrag soll eine Forderung für immer und ewig zementiert werden. Es ist eine Tatsache, dass Plätze für Rasensport bereits heute Mangelware sind. Mannschaftssport ist einer der besten Möglichkeiten, Menschen, auch solche mit Migrations- oder schwierigem Hintergrund, zu integrieren. Dies auf immer und ewig zu verhindern, erachten wir als kurzfristig. Wir lehnen diesen Antrag deshalb ab. Antrag 4, welcher den Aussenraum betrifft, lehnen wir ebenfalls ab. Die ÜO wurde auch gemeinsam mit den jetzigen Betreibern und Eigentümern erarbeitet, weshalb nicht noch mehr Auflagen gemacht werden sollen. Gleich argumentieren wir zu Antrag 5. Es wurde vereinbart, dass die Bäume ersetzt werden sollen, und ich bin zuversichtlich, dass die Vertragspartner nicht vertragsbrüchig werden. Ich bitte darum, die ÜO nicht zu überladen.

Katharina Gallizzi (GB) für die Fraktion GB/JA!: An der letzten Stadtratssitzung ging es darum, ob die Stadt Geld in die Festhalle investieren will oder nicht. Eine Mehrheit hat sich für den Beitrag entschieden. Nun geht es um die ÜO, also darum, wie die neue Festhalle aussehen soll, und zwar unabhängig davon, wer die Halle baut und wer den Bau bezahlt. Grundsätzlich muss gesagt werden, dass einiges richtig gemacht wurde bei dieser Planung. Das Quartier wurde bei der Erarbeitung der ÜO und auch bei der Jurierung des Richtprojekts miteinbezogen und so entstand ein Projekt, das eine gute Akzeptanz im Quartier hat. Dies ist für uns von zentraler Bedeutung. Es gibt sicher Menschen, die diesen Aussagen widersprechen würden, denn es gibt keine einheitliche Meinung aus dem Quartier. Dies habe ich gemerkt, als ich mit Vertreterinnen und Vertretern der Quartierkommissionen Quavier und Dialog Nord

gesprochen habe. Während die einen zum Beispiel fanden, es sei absolut zentral, dass die neue Tramhaltestelle direkt vor der Eventhalle liegt, waren andere der Meinung, die Verlegung bringe für das Quartier viele Nachteile, weshalb sie verhindert werden sollte. Wir begrüßen, dass der Dialog mit dem Quartier gesucht wurde. Wir sind erfreut, dass viele Anregungen, die das GB in der Mitwirkung eingebracht, beispielsweise im Bereich der Energieversorgung, in die definitive Version der ÜO eingeflossen sind. Wir forderten den zwingenden Bau einer Photovoltaik-Anlage auf dem Dach, was nun in Artikel 8 der ÜO festgeschrieben ist. Ebenfalls forderten wir, dass die Energieversorgung der Eventhalle zu 100% aus erneuerbaren Energien zu erfolgen habe. Diese Forderung wurde in Artikel 10 aufgenommen, der besagt, dass lediglich Abwärme oder Umweltwärme zur Beheizung zulässig sind.

Eine grosse Herausforderung bleibt jedoch die Erschliessung der Anlage. Es freut uns, wurde unsere Forderung aus der Mitwirkung aufgenommen und der Modalsplit des MIV von 40% auf 30% heruntersetzt. Aber man darf sich keine Illusionen machen. Die neue Halle wird eine Menge Publikum anziehen, was unweigerlich zu Mehrverkehr im Quartier führen wird. Das Ziel von 30% MIV ist zu begrüßen, aber wenn dieser Richtwert einzig auf dem Papier steht, bringt er gar nichts. Nur wenn dessen Einhaltung wirklich kontrolliert wird und Sanktionen bei Nicht-Einhaltung drohen, besteht eine Chance, dass die Vorgabe eingehalten wird. Sonst passiert dasselbe wie beispielsweise im Westside oder beim Bauhaus in Niederwangen, wo die theoretisch erlaubte Fahrtenzahl ständig überschritten wird. Wir stimmen deshalb dem PVS-Antrag 2 zu. Wir sind der Meinung, dass es zwecks Reduktion der MIV-Fahrten eine Reduktion der Parkplätze brauchen würde. Leider kommen wir mit dieser Forderung aber in Konflikt mit den Bestimmungen des Entwicklungsschwerpunkts (ESP) Wankdorf. Oberste Priorität ist, endlich die illegalen Parkplätze auf der Allmend aufzuheben. Leider darf dabei die Anzahl an Parkplätzen nicht verringert werden, diese werden lediglich in den Untergrund verlegt. Dies soll mit der vorliegenden ÜO endlich möglich werden und ist eine grosse Chance, die Allmend wieder zu einem lebendigen Ort, statt zu einem Parkplatz, zu machen. Damit es zu einer tatsächlichen Aufwertung für die Nutzenden und für die Natur kommt, stimmen wir dem PVS-Antrag 1 zu. Zum PVS-Antrag 3 werden wir uns enthalten. Wir stehen der Erstellung von Trainingsplätzen für den Fussballclub YB zwar kritisch gegenüber. Eine seriöse Diskussion dazu soll aber im Zusammenhang mit der Neuordnung der Allmenden geführt werden.

Wie aus meinem Votum zu entnehmen ist, findet die GB/JA!-Fraktion die ÜO eigentlich in Ordnung. Sie wird dafür sorgen, dass eine Festhalle gebaut wird, die unseren ökologischen Anforderungen genügt. Zudem wurde das Projekt mit dem Quartier abgestimmt. Werden alle Anträge angenommen, führt die ÜO zudem zu einer ökologischen Aufwertung des Gebiets und bringt eine Verbesserung der Situation auf der Allmend. Trotzdem wird die GB/JA!-Fraktion dem Geschäft nicht zustimmen. Dolores Dana hat gesagt, dass die ÜO von jenen abgelehnt werden müsste, die gegen die Finanzierung waren. So krass sehen wir die Sache nicht. Wir hätten die ÜO angenommen, wenn es um ein Projekt eines privaten Investors gegangen wäre, der dieses vollumfänglich finanziert hätte. Wie anlässlich der letzten Stadtratssitzung erläutert, wehren wir uns jedoch vehement dagegen, dass diese Festhalle mit finanziellen Mitteln der Stadt gebaut wird. Ein Teil der Fraktion wird sich daher der Stimme enthalten. Er findet die ÜO zwar in Ordnung, will dieser jedoch nicht zustimmen, da die Festhalle nicht mit städtischen Mitteln gebaut werden soll. Der andere Teil der Fraktion wird die ÜO ganz ablehnen, weil dies der einzige Weg ist, den Bau der Halle mit städtischem Geld noch zu verhindern.

Brigitte Hilty Haller (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Die ÜO Mingerstrasse ist wichtig, um eine neue Festhalle bauen zu können. Keine Frage, die Festhalle, in welcher wir heute tagen, ist schwer in die Jahre gekommen und entspricht in vieler Hinsicht nicht mehr den heutigen Anforderungen. Bernexpo will eine neue Multifunktionshalle und ein Convention-Center bau-

en. Die Stadt Bern spricht viel Geld dafür, erhält aber einen grossen Gewinn zurück. Es ist davon auszugehen, dass das lokale Gewerbe und der Tourismus profitieren werden. Es wird wieder möglich sein, grössere Konzerte, Events und Messen durchzuführen, sobald die Situation betreffend Corona dies wieder zulässt. Der Raum rund um die neue Festhalle beinhaltet Mergelflächen, Dachbegrünung, Parklets mit Sitzmöglichkeiten, bei gewissen Personen ein Reizwort, und mobile und permanente Bepflanzungen. All dies erfolgt auf der Stufe Bauprojekt, ist also nicht Teil der ÜO. Zudem besteht ein Subventionsvertrag zwischen Stadt, Bernexpo und Messepark Bern AG, der viele wichtige Punkte enthält. Für das Convention-Center gelten die Anforderungen des Minergie-P-Standards, angestrebt wird weiter eine Versorgung durch Fernwärme. Vieles wurde bereits von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern gesagt. Die Fraktion GFL/EVP stimmt diesem Geschäft zu.

Die Anträge lehnen wir jedoch alle ab. Antrag 1 und 2 lehnen wir ab, weil deren Forderungen bereits so vereinbart sind. Antrag 3 lehnen wir ab, weil die befürchtete Vereinnahmung durch YB zuerst vom Volk bewilligt werden müsste, weshalb der Antrag obsolet ist. Zu Antrag 4: Es ist und bleibt eine Allmend, die auch als solche erhalten bleiben und genutzt werden soll. Der Wirkungsbereich der ÜO betrifft nur einen kleinen Teil des gesamten Geländes. Antrag 5 lehnen wir ebenfalls ab, da der Ersatz der Bäume bereits vereinbart wurde.

Maurice Lindgren (GLP) für die Fraktion GLP/JGLP: Das Wichtigste der ÜO wurde bereits erläutert, weshalb ich mich nicht mehr im Detail zu äussern werde. Dem Finanzierungsbeitrag an die Festhalle wurde an der letzten Stadtratssitzung zugestimmt, folgerichtig werden wir heute die ÜO genehmigen.

Der PVS-Antrag 2 fordert eine Sanktion bei Nichteinhaltung des Modalsplits. Der Verkehr wird über die Verkehrsinfrastruktur der Umgebung gesteuert und nicht alleine durch das Projekt Festhalle. Es gibt bessere Instrumente, um den Verkehr zu steuern. Wir denken dabei an das Mobility Pricing, das eine verursachergerechte Finanzierung der Mobilität darstellt. Der Verkehr kann nicht durch Sanktionierung eines einzelnen Betreibenden gesteuert werden, der oder die nur beschränkten Einfluss auf die Art der Anreise hat. Zudem richtet sich die Ziel-Formulierung des Modalsplits nicht alleine an die zukünftigen Betreibenden, sondern auch an die Stadt, welche für die Verkehrsinfrastruktur zuständig ist. Da stellt sich die Frage, wer denn die Sanktionen zu zahlen hätte. Ich nehme nicht an, dass die Antragstellenden dabei die Stadt im Visier haben. Wir wollen den Aufbau unnötiger Bürokratie verhindern, weshalb wir Antrag 2 ablehnen.

Im Zentrum der heutigen Diskussion wird wohl YB stehen. Die Anträge 1 und 3 der PVS stellen im Grunde die gleiche Forderung. Antrag 1 fordert die naturnahe Aufwertung der Grossen Allmend, wobei es vor allem um die Parkplätze geht. Durch die Verlegung der oberirdischen Parkplätze in den Untergrund kann ein ordnungspolitischer Sündenfall der Vergangenheit behoben werden. Die Parkplätze gehören nicht auf die Allmend. Das Feld, das durch die Aufhebung der Parkplätze frei wird, müsste der Grossen Allmend zurückgegeben werden. Wenn wir einst über allfällige Nutzungsänderungen der Grossen Allmend diskutieren werden, soll entschieden werden, was mit dieser Fläche geschieht. Dieses Thema ist jedoch nicht Teil des vorliegenden Projekts. Der Antrag ist eine Art trojanisches Pferd, denn eigentlich soll damit verhindert werden, dass YB an dieser Stelle Trainingsplätze erstellt. Was hat YB der Stadt zuleide getan, dass man das Gespräch über eine allfällige Vergabe solcher Trainingsfelder verweigern will? Der Stadtrat würde mit dem Antrag laufenden Verhandlungen ein Ende setzen, was ein Affront jenen gegenüber ist, die sich um zusätzliche Trainingsfelder für YB bemühen. Mein Votum ist nicht als ein Ja zu YB-Trainingsfeldern zu verstehen, denn darüber müsste zuerst sorgfältig diskutiert werden. Das Votum ist vielmehr ein Bekenntnis zu Gesprächen über YB-Trainingsfelder. Antrag 3 formuliert das Anliegen von Antrag 1 etwas expliziter, da darin von einem grossen Sportclub die Rede ist. In der Begründung wird YB explizit ge-

nannt. Wenn das GB mit der vorgebrachten Begründung Antrag 3 ablehnt, müsste es konsequenterweise auch Antrag 1 ablehnen. Auch dieser verbietet faktisch das Gespräch mit YB über allfällige Trainingsfelder auf der Grossen Allmend. Unsere Fraktion anerkennt, dass YB wichtig für die Stadt ist, was auch umgekehrt gilt, weshalb gemeinsame Gespräche möglich bleiben müssen.

In der Begründung zu den Anträgen 4 und 5 der Fraktion GB/JA! hat Katharina Gallizzi gesagt, dass die ÜO eigentlich ganz in Ordnung sei und der Gemeinderat viel Positives im Sinne der Stadt erreicht habe. Warum fordert man dann eine Verdoppelung des naturnahen Lebensraums? Eine so spät eingereichte Forderung, die das Projekt grundsätzlich verändern würde, bedeutet eigentlich ein Nein zum Projekt. Dieser Antrag soll wohl dem Projekt möglichst viele Steine in den Weg legen, falls die ÜO gutgeheissen wird. Wir sind offen für eine Diskussion, wie in der Stadt Freiflächen geschaffen werden können. Es bringt jedoch wenig, bei jeder Parzelle separat einige zusätzliche Quadratmeter zu fordern. Eine Zusammenlegung zu einem grossen Park wäre ein sinnvollerer Vorgehen. Die Forderung nach einer Verdoppelung ist nicht seriös. Hätte man 20% gefordert, wenn 10% ausgehandelt worden wären? Diese Antwort bleibt die GB/JA!-Fraktion sowohl in der Begründung als auch im mündlichen Votum schuldig. Wir lehnen den Antrag ab. In Antrag 5 wird der Fall geregelt, dass nicht beide Geschäfte gutgeheissen werden. Aus unserer Sicht kann dieser Fall nicht eintreten, weshalb der Antrag obsolet ist.

Timur Akçasayar (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Nachdem wir den Investitionsbeitrag von 15 Mio. Franken für die neue Festhalle Bern angenommen haben, liegen nun die ÜO Mingerstrasse – Papiermühlestrasse und die Abstimmungsbotschaft vor. Ich danke der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Das Projekt ist nicht ganz einfach und weckt viele Emotionen. Ebenso danke ich dem Kommissionssprecher Janosch Weyermann für seine Erläuterungen dazu. Auch unsere Fraktion hat intensiv über das Geschäft diskutiert, denn die neue Festhalle ist nicht unbestritten. Dennoch wird die SP/JUSO-Fraktion der ÜO zustimmen. Vieles ist bereits erwähnt worden, weshalb ich mich auf einige Punkte beschränke.

Dass der Messeplatz ausserhalb von Grossanlässen als Freifläche in Erscheinung treten und als direkte Verbindung zwischen der Mingerstrasse und der Grossen Allmend genutzt werden soll, begrüssen wir. Dass aber der Aussenraum des Messeplatzes nur partiell und temporär als frei zugänglicher Raum für das Quartier genutzt werden kann, enttäuscht uns. Wir wünschen, dass das ganze Areal der Öffentlichkeit dauerhaft zur Verfügung gestellt wird. Indem die Anzahl der Parkplätze reduziert und diese in die unterirdische Einstellhalle verlegt werden, entstehen neue Flächen, welche in erster Linie der Bevölkerung und nicht einem gewinnorientierten Sportplatz zugutekommen sollen. Wir unterstützen deshalb den Antrag 3 der PVS. Dass ein dauerhaftes Mobilitätsmanagement für die Festhalle betrieben wird, begrüssen wir, denn im 2020 ist ein solches Vorgehen wünschenswert. Nur so kann der Verkehrsfluss analysiert und gesteuert werden, um die Klimaziele im Bereich Mobilität zu erreichen. Wir begrüssen ebenfalls, dass der Anteil des MIV auf maximal 30% begrenzt wird. Aufgrund negativer Erfahrungen mit Fahrkontingenten und der Einhaltung des Modalsplits, beispielsweise im Westside, im Wankdorf und beim Bauhaus in Niederwangen, ist es absolut nötig, auch Sanktionen zu definieren und anzuwenden. Daher werden wir der vorberatenden Kommission folgen und ihren Ergänzungsanträgen zustimmen. Für die naturnahe Gestaltung des Aussenraums ist einiges geplant. Aus unserer Sicht könnte jedoch mehr gemacht werden, weshalb wir dem Antrag der Fraktion GB/JA!, welcher den Mindestanteil von naturnahem Lebensraum gemäss Biodiversitätskonzept auf 30% erhöhen möchte, wie auch Antrag 5 zustimmen. Wir wissen nicht, was diesbezüglich in den Verträgen festgehalten wird, weshalb diese Forderungen in der ÜO festgeschrieben werden sollen. Ich bitte um Annahme der Ergänzungsanträge und um Zustimmung zur ÜO.

Hans Ulrich Gränicher (SVP) für die Fraktion SVP: Unsere Fraktion stimmte am letzten Donnerstag dem Finanzierungsantrag des Gemeinderats für die Messehalle AG zu. Konsequenterweise hat die SVP eine positive Haltung gegenüber der vorliegenden ÜO. Mit Freude haben wir festgestellt, dass nicht versucht wurde, die Grosse Allmend, die Kleine Allmend und das Areal mit der Reitanlage gleichzeitig in derselben ÜO zu regeln. Der Gemeinderat konzentriert sich vielmehr auf den Perimeter, welcher die Messehalle auch tatsächlich betrifft. Weniger erfreut sind wir über die vielen Auflagen, welche der ÜO mit den Zusatzanträgen auferlegt werden. Brauchen wir eine ÜO-Polizei, die überwacht, dass niemand die Messehalle betritt? Das ist tragisch. Bern befindet sich mitten in der Schweiz und wir hoffen, dass die Messehalle mit interessanten Anlässen Menschen aus dem Welschland, der Ost- und Zentralschweiz und gar aus dem Tessin anlocken wird. Will man mit einschränkenden Massnahmen dafür zu sorgen, dass keine Auswärtigen den Weg nach Bern finden, würde ich den Antrag stellen, die Hauptstadt Bern nach Zürich zu verlegen. Dort kann eine Messehalle gebaut werden, die von Leuten aus der ganzen Schweiz erreicht wird. Wir fahren derweilen mit dem Fahrrad in die alte Festhalle. Ich gebe zu, dass meine Aussage etwas polemisch ist. Doch mich dünkt, dass versucht wird, mit möglichst vielen Auflagen ein gutes Projekt qualitativ stark zu reduzieren. Ich habe grundsätzlich nichts gegen Auflagen betreffend Photovoltaik, Klimamassnahmen, Begrünung der Dachflächen und dergleichen. Solche Massnahmen sind heutzutage eine Selbstverständlichkeit und müssten als Standard nicht mehr in einer ÜO festgeschrieben werden. Die Fraktion SVP wird diese Anträge sowie jene zum Modalsplit ablehnen. Man könnte ansonsten noch einen Antrag auf die Errichtung von 9000 Veloabstellplätze einreichen. Wir bitten darum, keine zusätzlichen Auflagen zu machen, welche die Realisierbarkeit des Geschäfts gefährden. Die SVP-Fraktion stimmt der ÜO zu und lehnt die Anträge mit den restriktiven Forderungen ab. Alexander Feuz wird zu einzelnen Anträgen Ergänzungen machen.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Die SVP steht hinter dem vorliegenden Projekt. Ich werde zu zwei Anträgen Stellung nehmen, die in unserer Fraktion zu reden gegeben haben. Den Antrag 2 der PVS lehnen wir ab, denn die Forderung nach Sanktionen stellt eine dirigistische Massnahme dar. Reisen zu viele Leute mit dem Privatfahrzeug an, weil es regnerisch ist, müssten die Betreiber für jede zusätzliche Fahrt eine Busse bezahlen. Dies ist der falsche Ansatz. Damit kann das Geschäft nicht rentieren. Ich verweise auf die unrühmliche Geschichte in Muri-Gümligen. Im «MediaMarkt» stehen in der Tiefgarage zwei Etagen leer, dafür sind ein grosser Suchverkehr und stauende Autos zu verzeichnen.

Antrag 3 der PVS hingegen wird von der SVP mehrheitlich unterstützt. Ich halte fest, dass YB Grossartiges für Bern leistet und sich für die Jungen einsetzt. Wir setzen uns hier aber für den Breitensport ein. Die Allmend ist für alle da und wir sind der Meinung, dass die Sache im Rahmen der Messe BEA nicht belastet werden darf. Denken Sie daran, dass eine Volksabstimmung zu gewinnen ist. Ich habe bereits letztes Mal, im Zusammenhang mit dem A-fonds-perdu-Betrag, darauf hingewiesen. Ich war unglücklich darüber, habe dem Betrag aber zugestimmt. Ich warne Sie und insbesondere auch den Stadtpräsidenten. In einem Artikel der Berner Zeitung (BZ) vom 17. November 2017 sagte er, dass die Grosse Allmend freigehalten werden solle. Darauf möchte ich ihn nun behaften. Obwohl selber kein grosser Sportler, bin ich für den Breitensport. Dazu gehören beispielsweise Rugby, American Football, Frisbee, die Hündeler und die nicht organisierten Fussballspieler. All dies soll auf der Grossen Allmend möglich sein. Wenn die freiwerdende Fläche für YB-Trainingsfelder genutzt wird, steht dieser Platz den anderen nicht mehr zur Verfügung. Ich bitte Sie, im Sinne des Breitensports den Antrag 3 zu unterstützen. Der Dialog Nord und die Quartierkommission Quavier lehnen das Vorhaben zugunsten von YB mehrheitlich ab. Denken Sie bitte an den Breitensport. Es be-

fremdet mich, wenn im 2017 versichert wird, dass auf der Grossen Allmend nichts geplant werden soll, und nachher bekannt wird, dass sich Herr Greuel offenbar beklagt, weil er bereits 60 Stunden für Sitzungen aufgewendet hat. Gemeinderätin Ursula Wyss hat in dieser Periode bereits Vorprojekte lanciert, was zeigt, dass der Antrag begründet ist. Er setzt sich für den Breitensport und gegen den Ausschluss anderer ein. Ich plädiere für den Breitensport und für eine erfolgreiche Volksabstimmung. Wenn schon, hätte offen über dieses Thema geredet werden müssen. Denken Sie an niederschwellige Events wie ein Food Truck Festival oder einen Luna-Park, die mit dem Erstellen der Trainingsfelder nicht mehr durchführbar wären. Dafür soll es Platz haben auf der Grossen Allmend! Ich bitte um Unterstützung des Antrags.

Einzelvoten

Tom Berger (FDP): Mein Vorredner hat sein Befremden ausgedrückt. Das ist das Einzige, das ich bei diesem Geschäft mit ihm teile. Auch ich bin befremdet, und zwar aus mehreren Gründen. Ich bin befremdet, dass wir in einem Planungssperimeter, der ÜO Mingerstrasse – Papiermühlestrasse, nun über die Allmend diskutieren. Ich bin froh, wurde offenkundig, dass es gewissen Leuten und Fraktionen im Kern um die ganze Allmend geht. Wenn hier etwas unredlich ist, dann dieses Vorgehen. Seit Monaten oder gar Jahren gibt es Gremien, die sich um die Zukunft der Allmenden der Stadt Bern kümmern. Dort ist der Ort zum Diskutieren, wer künftig die Allmenden in welcher Form nützen soll. Anlässlich eines anderen Geschäfts diese Diskussionen mit derart unpassenden Anträgen zu torpedieren, ist nicht redlich. Ich bin sehr befremdet, dass solche sachfremden Anträge überhaupt eingereicht werden können. Sie verletzen die Einheit der Materie, welche zentral wäre, um als Parlament eine saubere Arbeit machen zu können. Zwischen Montag und heute Abend habe ich mehr als 20 Gespräche zu den PVS-Anträgen geführt. Ich habe noch nie erlebt, dass ein Antrag derart unterschiedlich interpretiert wird. Die einen haben das Gefühl, es gehe nicht um die Allmend, sondern lediglich um den kleinen Bereich bei den Parkplätzen. Die anderen sagen, es gehe dabei nur um die Kleine Allmend. Wieder andere meinen, dass es nicht um YB, sondern um andere Vereine gehe. Worüber stimmen wir überhaupt ab? Dass sich mein Vorredner erdreistet, Antrag 3 der PVS als Antrag im Sinne des Breitensports zu bezeichnen, befremdet mich enorm. Ich bitte darum, den Antrag noch einmal durchzulesen. Man ist zu feige, das Kind beim Namen zu nennen, und erwähnt YB im Antrag nicht namentlich. YB wird erst in der Antragsbegründung erwähnt. Man spricht im Antrag vom sogenannt organisierten Sport. Organisierter Sport ist beispielsweise der Rugby-Club, bei dem ich Mitglied bin. Uns stehen auf der Grossen Allmend zwei Felder exklusiv zur Verfügung. Nicht, weil wir böse Menschen sind, die der Allgemeinheit Rasenfelder entziehen wollen. Wenn wir mit unseren Metallstollen jedoch dreimal wöchentlich trainieren, kann dieses Feld nicht anderweitig genutzt werden. Der Rasen wäre sonst innerhalb eines halben Jahres zerstört. Es geht nicht nur um YB, sondern um den gesamten organisierten Sport. Man probiert, Nutzungskreise der Grossen Allmend einzubeziehen und spricht von einem polysportiven Feld für Frisbee und dergleichen. Diese Nutzenden haben jedoch eigene Felder im hinteren Teil der Grossen Allmend und sind weder vom vorliegenden Geschäft noch von allfällig neuen Rasensportfeldern entlang der Papiermühlestrasse betroffen. Die Frage, ob und wo wir YB jemals Land zur Verfügung stellen werden, muss fundiert diskutiert werden. Ich kündige einen Vorstoss zu diesem Thema an, der vom Stadtrat diskutiert werden kann. Selbst wenn die Stadt YB Land zur Verfügung stellt, damit sie endlich Trainingsfelder bauen können, wäre dies ein grosser Gewinn auch für den Breitensport. YB hat eine Juniorenabteilung mit 240 männlichen und weiblichen Jugendlichen. Ein Drittel davon stammt aus der Stadt Bern. Die Trainingsfelder der Mann- und Frauschaften sind über das halbe Stadtgebiet verteilt und müssen mit Vereinen des Breitensports geteilt werden. Damit werden die Nutzungsstunden für den Breitensport eingeschränkt. Kann YB seine Mannschaf-

ten auf eigenen Rasensportfeldern trainieren lassen, wäre dies ein Gewinn für den Breiten-sport. Im 2017 hat das Parlament die Rasenstrategie der Stadt Bern mit überwältigender Mehrheit positiv zur Kenntnis genommen. Wir haben dabei festgehalten, dass die Stadt Bern einen eklatanten Mangel an Rasensportfeldern aufweist. Man spricht von Rasensportfeldern, weil darauf auch andere Sportarten als Fussball ausgetragen werden können. Die Stadt will wachsen und wird zusätzliche Einwohner und Einwohnerinnen haben. Erfreulicherweise treiben immer mehr Leute Sport. Noch erfreulicher ist, dass sich vermehrt Mädchen und junge Frauen für Fussball interessieren. Irgendwo müssen sie trainieren können, was neue Felder bedingt. Ich möchte den Tag nicht erleben müssen, an dem in der Stadt Bern in Breitensport-vereinen Mannschaften geschlossen oder Jugendliche aus Platzgründen nicht mehr ins Team aufgenommen werden können. Wir müssen dringend neue Rasensportfelder schaffen, haben aber sehr eingeschränkte Finanzen. Es wäre eine riesige Win-win-Situation für die Sportstadt Bern, wenn man YB in eigene Plätze investieren lassen würde. Wo diese Plätze liegen sollen, werden wir an einem anderen Tag diskutieren. Ich bitte dringend um Ablehnung des Antrags 3 der PVS.

Philip Kohli (BDP): Ich äussere mich zum PVS-Antrag 3. Ich bin froh, hat sich Alexander Feuz für diesen Antrag ausgesprochen, denn damit sind alle anderen automatisch dagegen. Die Allmend ist ein Freiraum, der von Tom Bergers Rugby-Club wie auch von der Alternativen Fussballliga, bei der ich jahrelang Fussball gespielt habe, und von vielen anderen genutzt wird. Was auf dem Rasen passiert, ist schlicht nicht Teil des vorliegenden Projekts. Wir könnten ebenso gut über einen autofreien Bahnhofplatz oder über Gratis-ÖV sprechen. Die Aussagen von Alexander Feuz bezeugen, dass er nicht viel Zeit auf Trainingsplätzen verbringt. Der Fläche des Parkplatzfeldes ist schlicht zu klein für ein Trainingsfeld von YB. Ich plädiere dafür, dass die Türe offenbleibt. Der rot-grüne Gemeinderat befindet sich in Verhandlungen, denn YB benötigt Trainingsplätze, wo auch immer. Ich vertraue auf gute Verhandlungen. Wer dem Stadtpräsidenten ein Zeichen geben will, kann sich zu diesem Antrag enthalten, womit die Botschaft auch ankommen sollte.

Manuel C. Widmer (GFL): Auch ich zitiere Alexander Feuz: Das ist der falsche Ansatz! Genau: Es ist der falsche Ansatz. Unsere Diskussionen werden zunehmend mit Themen belastet, die mit dem Inhalt des jeweils vorliegenden Geschäfts nichts oder wenig zu tun haben. Noch schlimmer ist, dass sich das Parlament erlaubt, massenhaft Anträge und Vorstösse einzureichen, welche als solche gar nicht zulässig wären. Es muss geprüft werden, wie wir als Parlament funktionieren wollen. Auch ich zweifle an der Zulässigkeit der Anträge. Weder örtlich noch inhaltlich haben sie mit der ÜO und mit dem Umbau der Festhalle zu tun. Wir könnten ebenso gut anlässlich der Diskussion zur ÜO zum Gaswerkareal die Aufhebung der Schliessung der Bundesterrasse fordern. Bieten wir dieser Form von Anträgen nicht Einhalt und reden wir nicht über die eigentliche Sache, werden wir in Zukunft ausufernde Diskussionen zu verschiedensten Themen führen. Ich bitte die zuständigen Personen, solche Anträge künftig genau zu prüfen und sie nicht zuzulassen, wenn sie nichts mit der Sache zu tun haben.

Eine Bemerkung zur Zusammenarbeit zwischen einer Stadt und einem Fussballverein: Man kann für oder gegen YB sein, man kann dafür oder dagegen sein, dass YB Trainingsplätze hat. Mit Blick auf Basel sage ich als YB-Fan ungern, dass es durchaus positive Auswirkungen haben kann, wenn den jungen Fussballspielerinnen und -spielern genügend Trainingsplätze zur Verfügung gestellt werden. Diese Plätze können auch zur Durchführung der Schweizerischen Schülerinnen- und Schülermeisterschaften genutzt werden. Eine riesige Anlage, wie sie in Basel zur Verfügung steht, würde das Problem der Stadt Bern, nämlich den Mangel an Rasenplätzen, lösen.

Thomas Glauser (SVP): Wir mischen Äpfel mit Birnen. Die professionell ausgestaltete ÜO freut mich sehr. Sie stellt eine Win-win-Situation dar, weil gerade auch die ökologischen Aspekte stark berücksichtigt werden. Es handelt sich um die ÜO eines Messegeländes. Der Parkplatz ist eben grau, wenn keine Messe stattfindet. Diese finden im Sommer teilweise auch draussen statt. In der Stadt Bern ist selten ein so grosser Platz frei wie jener vor der Festhalle. Der einzige, der auch noch frei ist, ist jener vor dem Bundeshaus. Die Handlungsfreiheit soll nicht verbaut werden, indem ein Grünpark daraus gemacht wird. Sie soll vielmehr erhalten bleiben, damit Messen auch draussen durchgeführt werden können. Die ökologischen Aspekte sollen dabei nicht vergessen werden. Die Anträge stellen zwei verschiedene Paar Schuhe dar. Seien wir doch stolz, dass wir der ÜO zustimmen dürfen. Die Anträge betreffen ein anderes Thema und gehören in den Abfall.

Thomas Hofstetter (FDP): Antrag 3 betrifft mich, da mein Sohn bei den YB-Junioren Fussball spielt. Dabei handelt es sich nicht um Spitzensport, sondern um Leistungssport auf einer breiten Basis und um eine Lebensschule für die jungen Fussballer. Sie haben eine kontrollierte Freizeit und machen derweilen keinen Blödsinn. Sie lernen Teamgeist und müssen Verhaltensvorschriften einhalten, wenn sie in den YB-Trainingskleidern unterwegs sind. Zudem lernen die Jungen, wie sie sich gesund ernähren können. YB macht das super! Wenn ich die Fussballspiele besuche, lerne ich andere Eltern kennen, die oft einen Migrationshintergrund haben. So habe ich viele tolle Freundschaften mit Leuten aus anderen Kulturen geschlossen, die ich sonst nicht kennengelernt hätte. Das ist für mich gelebte Integration, die ein Ziel von Rot-Grün ist! Ich begreife nicht, wieso dies verhindert werden soll.

Alexander Feuz (SVP): Ich halte fest, dass Antrag 3 ein Antrag der PVS ist und nicht ein Antrag Feuz. Er wurde in der Kommission mit 5 Ja und 3 Nein, bei 3 Enthaltungen, angenommen. Es wurde gesagt, dass es sich lediglich um eine kleine Fläche handle. Das stimmt eben nicht! Wenn die Trainingsfelder installiert werden sollen, braucht es mehr als einen kleinen Bereich, sondern relativ viel Platz. Damit wird weit in die Grosse Allmend eingegriffen. Die Mehrheit der PVS ist gegen dieses Vorgehen. Im Antrag steht folgendes: «Der Umstand, dass auf dem BEA Areal Parkplätze frei werden, darf nicht dazu führen, dass die auf der Allmend freiwerdenden Parzellen...». Diese Parzellen betreffen einen relativ kleinen Bereich. Wir reden nicht von den hinteren Plätzen, sondern von den vorderen Feldern, auf denen sich heute die Parkplätze befinden. Weiter steht: «... die auf der Allmend freiwerdenden Parzellen ausschliesslich oder mehrheitlich einem Sportclub zukommen; insbesondere für den organisierten Clubfussball dürfen keine Trainingsplätze auf der Allmend erstellt werden. Vielmehr ist die Allmend für die Allgemeinheit zu erhalten. Dazu gehören auch die Nutzung durch nicht clubmässig organisierte Amateure verschiedenster Sportarten, darunter auch Hundesport, Frisbee, Badminton, Modellfluggruppen etc., aber auch ein Lunapark und Food Festivals.» Man will verhindern, dass der organisierte Clubfussball dort «hineinwächst». Für alle nicht organisierten Sportarten ändert sich nichts. Wenn es heisst, es koste die Stadt Bern nichts, ist zu bedenken, dass es sich um das Areal der Allmend handelt, die dann jemand mit einer Buvette erhält. Wollen wir das oder wollen wir dort weiterhin den Breitensport trainieren lassen? In der Berichterstattung vom 31. Mai 2017 steht, dass auf der Grossen Allmend keine Trainingsfelder für YB entstehen sollen. Dank der Berichterstattung von heute wissen wir, dass schon viele Arbeitsstunden geleistet wurden und bereits eine Planung besteht. Ich bitte um Zustimmung zum Antrag der PVS. In aller Deutlichkeit weise ich noch einmal darauf hin, dass es sich dabei nicht um einen Antrag Feuz handelt. Es geht um die Allgemeinheit, den Breitensport und die Allmend. Reden Sie mit den Leuten im Quartier, im Dialog Nord und im Quavier! Es geht nicht gegen den Sport an sich, sondern darum, das Areal für den Breitensport freizu-

halten. Die Tatsache, dass der Stadtrat nicht über die Gespräche informiert wurde, zeigt, dass im Hintergrund ein Deal hätte abgeschlossen werden sollen. Der Stadtpräsident kann heute dazu Stellung nehmen. Es geht darum, zu verhindern, dass die Abstimmungsvorlage mit Unnötigem überladen wird.

Maurice Lindgren (GLP): Ich versuche zwei Dinge richtigzustellen, die falsch wiedergegeben worden sind. Es sollen Versprechungen betreffend einer zukünftigen Nutzung auf der Allmend gemacht worden sein. Wer Angst hat vor exklusiven YB-Kunstrasen-Feldern auf der Allmend, dem kann zur Beruhigung die Zonenordnung der Grossen Allmend vorgelegt werden, welche die Nutzung definiert. Das Erstellen solcher Felder hätte bauliche Massnahmen zur Folge, was eine Nutzungsänderung bedingen würde. Dieses Geschäft müsste der zuständigen Kommission und dem Stadtrat und allenfalls auch dem Volk vorgelegt werden. Man muss sich daher keine Sorgen machen, wenn man die vorliegenden Anträge ablehnt. Als Mitglied der PVS entschuldige ich mich zudem für die Verwirrung, die unsere Anträge stiften. Es ist vieles nicht klar betreffend die YB-Felder. Dass eine Mehrheit zugestimmt hat, soll nicht als Gütesiegel verstanden werden.

Stadtpräsident Alec von Graffenried: *(Musik von den Rolling Stones ertönt.)* Die Festhalle ist ein Provisorium von 1948. Am 25. September 1973 fand darin der legendäre Auftritt der Rolling Stones statt. Die Band hat das Konzert mit «Brown Sugar» eröffnet. Der sechste Song war der neueste Song von Keith Richards, «Angie». Als Abschluss spielten sie «Jumpin' Jack Flash» und «Street Fighting Man». *(Ende der Musik).* Dies ist 47 Jahre her, die Stones würden heute nicht mehr hier auftreten. Nicht, weil sie nicht gerne nach Bern kommen würden, sondern weil sie nicht in der Festhalle auftreten würden. Die Sicherheitsstandards sind nicht ausreichend, weshalb nur noch 2500 Leute am Konzert anwesend sein könnten. Auch als Ausstellungshalle genügt die Festhalle den heutigen Ansprüchen nicht mehr, weshalb sie erneuert werden soll. Der Stadtbeitrag wurde letzte Woche vom Parlament bewilligt, wofür ich mich herzlich bedanke. Nun geht es um die **Planung** und nicht um YB. Die Planung startete mit einem **Architekturwettbewerb**, der glücklicherweise von einem Berner Büro gewonnen wurde. **Anschliessend wurde sie optimiert und das Quartier einbezogen.** Die Bauherrschaft machte grosse Schritte, um die Vorlage bern- und stadtratskompatibel zu machen. Die neue Festhalle wird einen neuen Auftritt haben und am Guisanplatz eine neue Adresse bilden. Man muss nicht mehr über Brachland gehen, sondern wird von der neuen Festhalle würdig empfangen. Die Parkplätze werden in den Untergrund verschoben, was einen grossen Mehrwert für die Allmend, für die angrenzenden Quartiere und für alle Bernerinnen und Berner darstellt. Das grösste Problem sind wohl nicht die Fussballfelder, sondern die Parkierung, die nicht dorthin gehört. Ich danke deshalb für die Zustimmung zur sorgfältigen Planungsvorlage.

Antrag 1 der PVS kann abgelehnt werden. Dieser Ergänzungsantrag ist höchstens ein Prüfungsauftrag ausserhalb der ÜO. Er fordert, die Fläche naturnah zu gestalten. Mir wurde in der Kommission erläutert, es gehe darum, die Fläche in die Grünfläche der Grossen Allmend zu integrieren. Das Gebiet, das heute als Parkplatz genutzt wird, soll Allmend werden. Der Antrag kann angenommen oder abgelehnt werden. Ich empfehle Ablehnung, da die Planung auf jeden Fall ein solches Vorgehen vorsieht.

Antrag 2 der PVS fordert die Definition von Sanktionen, die bei Nichteinhaltung des Modalsplits angewendet werden. Auch hier handelt es sich um einen Ergänzungsantrag ausserhalb der ÜO. In dieser wie auch im Richtplan ESP Wankdorf ist diese Forderung bereits integriert. Überall, wo fahrtenintensive Nutzungen sind, muss ein Fahrtenmonitoring stattfinden, um den Modalsplit zu kontrollieren. Im Planungsverfahren gibt es ein Betriebskonzept Mobilität. Dieses wird im Baubewilligungsverfahren Teil und Auflage der Baubewilligung sein.

Das Fahrtencontrolling wird betrieben und die Einhaltung des Modalsplits somit überprüft. Antrag 2 der PVS kann deshalb getrost abgelehnt werden. Alles ist bereits aufgegleist und kommt gut.

Antrag 3 ist ein sachfremder Antrag. Mit diesem Antrag Feuz ist die Festhallen-Debatte zu einer YB-Debatte geworden. Wir können jederzeit gerne über YB-Trainingsfelder reden. Es stimmt, dass wir mit YB intensive Gespräche dazu führen. Was machen wir, damit wir zu diesen YB-Trainingsfeldern kommen? Die Parkierung muss reduziert werden und von der Allmend verschwinden. Dann kann über YB-Trainingsfelder diskutiert werden. Wir leisten mit der Verlegung der 220 Parkplätze in den Untergrund, in die erweiterte EWAG-Einstellhalle, einen ersten wichtigen Schritt. Im Projekt Neuordnung der Allmenden wird die zukünftige Nutzung der Allmenden in einem partizipativen und iterativen Prozess geprüft. Natürlich ist es eines meiner Ziele, die YB-Trainingsfelder irgendwo unterzubringen. Ich werde zu einem späteren Zeitpunkt sehr gern erklären, weshalb es diese Trainingsfelder braucht und wo sie integriert werden könnten. Ich bitte dringend darum, Antrag 3 der PVS abzulehnen.

Zu Antrag 4 GB/JA!: Es stimmt, dass die Fläche heute sehr unwirtlich ist. Sie ist nur zu 6% naturnah organisiert. Neu wird die naturnahe Fläche auf dem Areal 15% betragen, was beinahe einer Verdreifachung entspricht. Der Perimeter umfasst die neue Halle und die anschließende Fläche bis zur Ausstellungshalle. Die Aufwertung erfolgt auf diesem Platz und auf den Dächern. Die Allmend gehört nicht zu diesem engen Perimeter. Die Baumallee muss entfernt werden, weil die Einstellhalle darunter zu liegen kommt. Dies ist bedauerlich, doch Bernexpo hat sich im Vertrag verpflichtet, wieder 44 Bäume auf dem Areal, innerhalb des Perimeters, zu pflanzen. Dafür muss die Umgebungsgestaltung angepasst werden. Danach wird auch klar, wo diese Bäume gepflanzt werden. Die schriftliche Verpflichtung liegt vor und wird mit dem Vertrag rechtskräftig. Diese Forderung muss deshalb nicht in der ÜO festgeschrieben werden. Soll mehr als 15% der Fläche naturnah gestaltet werden, muss geprüft werden, wie dies zu realisieren wäre. Vermutlich müsste eine vertikale naturnahe Fläche geschaffen werden, damit man die geforderten 30% erreicht. Der ÜO kann getrost zugestimmt werden, auch von jenen, welche gegen den Stadtbeitrag sind. So oder so werden die Stimmberechtigten am 17. März 2021 über beide Vorlagen entscheiden. Ich bedanke mich für die Zustimmung zur ÜO.

Präsidentin Barbara Nyffeler: Auf Wunsch von Alexander Feuz halte ich fest, dass kein Antrag Feuz zur Abstimmung vorliegt. Gemeint ist Antrag 3 der PVS.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt Antrag 1 PVS ab. (29 Ja, 33 Nein, 1 Enthalten) *Abst.Nr. 002*
2. Der Stadtrat lehnt Antrag 2 PVS ab. (31 Ja, 36 Nein) *Abst.Nr. 003*
3. Der Stadtrat lehnt Antrag 3 PVS ab. (15 Ja, 34 Nein, 17 Enthalten) *Abst.Nr. 004*
4. Der Stadtrat lehnt Antrag 4 GB/JA! ab. (31 Ja, 35 Nein, 1 Enthalten) *Abst.Nr. 005*
5. Der Stadtrat stimmt Antrag 5 GB/JA! zu. (34 Ja, 33 Nein, 1 Enthalten, Stichentscheid Nyffeler) *Abst.Nr. 006*
6. Der Stadtrat stimmt der Überbauungsordnung Mingerstrasse-Papiermühlestrasse zu. (45 Ja, 12 Nein, 8 Enthalten) *Abst.Nr. 007*
7. Der Stadtrat genehmigt die Botschaft an die Stimmberechtigten. (55 Ja, 3 Nein, 9 Enthalten) *Abst.Nr. 008*